

Niederschrift über die 37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

Sitzung am :	Dienstag, den 20.12.2022
Sitzungsort:	Festhalle, Großer Saal

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 21:13 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 28 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Andre Bindl
Ingo Eckardt
Thomas Fiedler
Klaus Gerber
Sven Gerbeth
Alexandra Glied
Lars Gruber
Christian Hermann
Eric Holtschke

Stimmberechtigtes Mitglied

Thomas Hoyer
Kerstin Knabe
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Lars Legath
Thomas Mahler
Monika Mühle
Danny Przisambor
Petra Rank
Mirko Rust

Stimmberechtigtes Mitglied

Thomas Salzmann
Jörg Schmidt
Gerald Schumann
Sabine Schumann
Maik Schwarz
Uta Seidel
Gerd Steffen
Prof. Dr. Dirk Stenzel
Diana Zierold

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 5 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Dirk Brückner
Tony Gentsch
Claudia Hänsel
Ronny Hering
Bernd Stubenrauch

während TOP

zeitweise anwesend bis TOP 3.13.
zeitweise anwesend bis TOP 3.3.20.
zeitweise anwesend ab TOP 3.3.
zeitweise anwesend bis TOP 3.3.8.
zeitweise anwesend ab TOP 3.1.

Abwesende:

Abwesend sind 10 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied

Dieter Blechschmidt
Mario Dieke
Stefan Golle
Thomas Haubenreißer
Daniel Herold
Rico Kusche
Frank Schaufel
Stephan Uhlig

Abwesenheitsgrund

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Steve Lochmann
Andrè Schatz

unentschuldigt
unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen Top
Herr Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Giller	Justiziar der Stadt Plauen	zu allen TOP
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Armbruster	Kaufm. Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	zu allen TOP
Frau Karch	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	bis TOP 3.7.
Frau Blume-Brake	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	bis TOP 3.3.20.
Herr Nickel	Leiter Fachgebiet Gesamthaushalt	öffentlicher Teil
Herr Sorger	Leiter Fachgebiet Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing	bis TOP 3.7.
Herr Hoffmann	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	bis TOP 3.8.
Herr Löffler	Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	bis TOP 3.5.
Frau Winkler	Projektleiterin im Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Frau Römpke	Sachbearbeiterin Fachgebiet Personal/Organisation	bis TOP 3.3.20.
Frau Spranger	Controlling	bis TOP 3.3.20.
Frau Kramer	Controlling	bis TOP 3.3.20.
Herr Leonhardt	Leiter Gesamtpersonalrat	zu allen TOP
Frau Baumgärtel	Frauenbeauftragte	bis TOP 3.3.20.

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Zobel, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	entschuldigt
<u>Vertreter der Presse</u>	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.10.2022
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 23.11.2022
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 23.11.2022
 - 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Beteiligungsbericht 2021 der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0741/2022
 - 2.2. Mitteilung d. Ergebnisse d. ARCHITEKTURWETTBEWERBES innerhalb d. Modellvorhabens zur Weiterentwicklung d. Städtebauförderung Modellvorhaben Plauen „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ Einzelvorhaben 4 Baustein 1 Neubau Einfeldhalle plus m. Außenanlagen
Drucksachennummer: 0753/2022
3. **Beschlussfassung**
 - 3.1. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern - BiSoA
Drucksachennummer: 0756/2022
 - 3.2. Änderung der §§ 9 und 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0752/2022

- 3.3. **Haushaltssatzung 2023/2024**
Drucksachennummer: 0759/2022
- 3.3.1. Antrag 286-22HH - Ortschaftsrat Kauschwitz
 - 3.3.2. Antrag 289-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
 - 3.3.2. Antrag 292-22HH - Stadtrat Tony Gentsch
 - 3.3.4. Antrag 293-22HH - Stadtrat Tony Gentsch
 - 3.3.5. Antrag 294-22HH - Stadtrat Tony Gentsch
 - 3.3.6. Antrag 295-22HH - Stadtrat Tony Gentsch
 - 3.3.7. Antrag 296-22HH - Stadtrat Tony Gentsch
 - 3.3.8. Antrag 297-22HH - Stadtrat Tony Gentsch
 - 3.3.9. Antrag 299-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
 - 3.3.10. Antrag 301-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
 - 3.3.11. Antrag 304-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
 - 3.3.12. Antrag 305-22HH - SPD/Grüne/Initiative
 - 3.3.14. Antrag 311-22HH - Fraktion DIE LINKE
 - 3.3.15. Antrag 312-22HH - Fraktion DIE LINKE
 - 3.3.16. Antrag 313-22HH - Fraktion DIE LINKE
 - 3.3.18. Antrag 316-22HH - Fraktion DIE LINKE
 - 3.3.19. Antrag 317-22HH - FDP-Fraktion
 - 3.3.20. Antrag 318-22HH - FDP-Fraktion
 - 3.3.21. Antrag 319-22HH - FDP-Fraktion
 - 3.3.22. Antrag 320-22HH - CDU-Fraktion
- 3.4. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
Drucksachennummer: 0749/2022
- 3.5. Vorsorglicher Widerruf der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz zum 01.01.2023
Drucksachennummer: 760/2022
- 3.6. Bestellung eines Abschlussprüfers für die Jahresabschlüsse 2022 und 2023 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0738/2022
- 3.7. Marktkalender 2023
Drucksachennummer: 0732/2022
- 3.8. Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Demokratiekultur, Vielfaltgestaltung und zur Unterstützung interkultureller Jugendbegegnungen in der Stadt Plauen (FRL Demokratie)
Drucksachennummer: 0709/2022
- 3.9. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0740/2022
- 3.10. Änderung der Friedhofssatzung
Drucksachennummer: 0742/2022
- 3.11. Friedhofsgebührensatzung
Drucksachennummer: 0744/2022
- 3.12. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für das Flurstück 936/8 von Plauen)
Drucksachennummer: 0594/2022
- 3.13. Gebietsbeschluss zum neuen Städtebaufördergebiet „Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WEP) Haselbrunn 2023 - 2037“
Drucksachennummer: 0746/2022
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung werden Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, und Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE bestellt.

Oberbürgermeister Zenner bittet zu beachten, dass die Bezeichnung der Tagesordnungspunkte zu den Haushaltsanträgen in der ausgereichten Einladung nicht korrekt angegeben ist.

Richtig muss es heißen: TOP 3.3.1. bis 3.3.20.

In der Anlage zur Tagesordnung sind die richtigen Bezeichnungen aufgeführt.

Der Tagesordnungspunkt 3.3.18. der heutigen Sitzung entfällt, da die FDP-Fraktion ihren Antrag, **Reg. Nr. 318-22HH**, zurückgezogen hat.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde den Mitgliedern des Stadtrates ein modifizierter Haushaltsantrag der FDP-Fraktion, **Reg. Nr. 319-22 mod.**, zum Tagesordnungspunkt 3.3.19. ausgereicht.

Weiterhin wurde der Antrag, der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 324-22**, ausgereicht. Dieser Antrag wird unter TOP 3.8. behandelt.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass die heutige Stadtratssitzung gemäß § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen unterbrochen und auf Mittwoch, den 21.12.2022, 15:30 Uhr vertagt werden müsste, wenn bis 22:00 Uhr nicht alle Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung abgearbeitet sind.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.10.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.10.2022 wird unter Beachtung des nachfolgenden Hinweises bestätigt:

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, merkt zum Tagesordnungspunkt 3 an, dass seiner Meinung nach nicht nur auf das Problem Alkohol, sondern auch auf andere Süchte, z. B. Spielsucht eingegangen wurde. Er bittet dies zu berücksichtigen.

Stadtrat Legath fragt nach, ob es datenschutzrechtlich in Ordnung sei, dass unter TOP 5 Einwohnerfragestunde, die Adressen der Einwohner veröffentlicht werden.

Oberbürgermeister Zenner lässt dies prüfen.

Nachträgliche Information des Büro Oberbürgermeister/Sitzungsdienst:

Nach Rücksprache mit dem Justizariat wird mitgeteilt, dass eine Veröffentlichung der Anschriften in der Niederschrift im Rahmen der Datensparsamkeit nicht unbedingt erforderlich ist. Die Anschriften sollten dem Sitzungsdienst aber bekannt sein, um prüfen zu können, ob es sich um Plauener Einwohner (gemäß § 10 SächsGemO) handelt und um ggf. die Beantwortung schriftlich zustellen zu können.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 23.11.2022

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 23.11.2022 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 23.11.2022

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Oberbürgermeister der Stadt Plauen beauftragt, im Rahmen eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke – Strom Plauen Verwaltungs-GmbH, Herrn Peter Kober als Geschäftsführer der Gesellschaft zum 30.06.2023 abzuberufen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Oberbürgermeister der Stadt Plauen beauftragt, im Rahmen eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke – Strom Plauen Verwaltungs-GmbH, Herrn Oliver Kalis als Geschäftsführer der Gesellschaft zum 01.07.2023 zu bestellen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Übertragung der Tätigkeit als Fachbereichsleiterin Bürgerservice an Frau Nadja Friedländer-Schmidt ab 01.01.2023 probeweise für sechs Monate zum 01.07.2023 beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Frau Alexandra Wölfel zum 01.01.2020 als Fachgebietsleiterin Bußgeldstelle im Geschäftsbereich II, Fachbereich Sicherheit und Ordnung, beschlossen

1.6. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner spricht ein Kompliment an den Plauener Winterdienst aus. Trotz der gestern vorherrschenden Eisglätte, seien die Straßen gut befahrbar gewesen. Er weist an dieser Stelle aber auch darauf hin, dass die Fußwege teilweise unzureichend beräumt waren. Hier müssten die Anlieger besser ihren Pflichten zur Beräumung nachkommen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass heute kleine Präsente an die Mitglieder des Stadtrates ausgereicht wurden, u. a. eine Postkarte zur 900-Jahr-Feier von Plauen. Die Idee zur Fertigung solch einer Postkarte kam von Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. 800 Stück dieser Postkarten wurden kostenfrei in der Plauener Tourist-Information ausgegeben und waren in kurzer Zeit vergriffen. Diese Woche sollen weitere 2.000 Stück eintreffen.

Gleichzeitig soll eine weitere Postkarte entworfen werden, die sich mit der Lasershow zum Jubiläum beschäftigt und auf deren Rückseite ein QR-Code aufgebracht wird, unter welchem diese Lasershow abgerufen werden kann.

2. Information

2.1. Beteiligungsbericht 2021 der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0741/2022

Frau Ute Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Beteiligungsbericht 2021 der Stadt Plauen und die Berichte der Aufsichtsräte der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung lt. Anlage zur Kenntnis.

2.2. Mitteilung d. Ergebnisse d. ARCHITEKTURWETTBEWERBES innerhalb d. Modellvorhabens zur Weiterentwicklung d. Städtebauförderung Modellvorhaben Plauen „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ Einzelvorhaben 4 Baustein 1 Neubau Einfeldhalle plus m. Außenanlagen *Drucksachenummer: 0753/2022*

Frau Birgit Winkler, Projektleiterin Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Ergebnisse des Architekturwettbewerbes innerhalb des Modellvorhabens zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung Modellvorhaben Plauen „ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden“ Einzelvorhaben 4 Baustein 1 Neubau Einfeldhalle plus mit Außenanlagen zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern - BiSoA

Drucksachenummer: 0756/2022

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 18 Abs. 1 Satz 1 SächsGemO Herrn Kevin Meinel als beratendes Mitglied im Bildungs- und Sozialausschuss **ab**.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-1

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 44 Abs. 2 SächsGemO Frau Therese Langhof-Thomas auf Vorschlag der CDU-Fraktion als beratendes Mitglied in den Bildungs- und Sozialausschuss.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-2

3.2. Änderung der §§ 9 und 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0752/2022

Herr Sascha Giller, Justiziar der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der §§ 9 und 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen gemäß der anliegenden Änderungssatzung.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-3

3.3. Haushaltssatzung 2023/2024
Drucksachenummer: 0759/2022

Oberbürgermeister Zenner führt kurz zum Thema ein und bittet anschließend um Vortrag der Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, führt aus, dass Vorgaben und Rahmenbedingungen, die von der Bundes- und Landesregierung gestellt werden, wesentlichen Einfluss auf jede Haushaltsplanung haben. Auswirkungen hiervon würden die Stadt Plauen vor allem bei den Investitionen treffen.

Die FDP-Fraktion bewegt die Frage, ob die im Doppelhaushalt veranschlagten Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht viel zu hoch eingeschätzt wurden. Nach wie vor sei die Rezessionsgefahr nicht gebannt. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) und andere Gremien würden hier nicht so optimistisch in die Zukunft blicken.

Stellenplan und Personalentwicklung:

Es sei das gute Recht eines jeden Oberbürgermeisters, länger bestehende Strukturen zu prüfen und erforderlichenfalls zu ändern. Die FDP-Fraktion hatte sich bei der Beschlussfassung zu Beginn des Jahres 2022 für eine gründlichere Diskussion in den zuständigen Ausschüssen ausgesprochen. Leider habe die Mehrheit des Stadtrates diesem Ansinnen nicht zugestimmt.

Viele neue Positionen im Stellenplan seien durchaus nachvollziehbar, einige aber auch kritisch zu hinterfragen, z. B. die Verlängerung einer Stelle im Kulturreferat oder die 10 neuen Stellen in der Wohngeldstelle.

Zwei wesentliche „Brocken“ im Haushaltsplan sind nach Meinung von Stadtrat Gerbeth das Theater und die Plauener Straßenbahn. Man müsse schauen, dass die Straßenbahn als eines der umweltfreundlichsten Verkehrsmittel überhaupt erhalten werden kann.

Dass es gelungen sei, die Fördermittel für den dringend notwendigen Neubau der Elsterbrücke zu erhalten, verdient Respekt und Anerkennung an die Verwaltung und zugleich an die Fördermittelgeber. Danach müsse es mit einem zukunftsorientierten Konzept und finanzieller Unterstützung durch Bund und Land mit der Plauener Straßenbahn weitergehen.

Stadtrat Gerbeth denkt, dass man mit der Beauftragung eines Strukturkonzeptes für das Plauener Theater auf dem richtigen Weg sei. Er sieht auch hoffnungsvolle Ansätze für das Theater unter Leitung des neuen Generalintendanten.

Stadtrat Gerbeth führt kurz zu den Anträgen seiner Fraktion aus. Der Antrag, **Reg. Nr. 318-22HH** wird zurückgezogen.

Der Antrag, Reg. Nr. 317-22HH soll heute behandelt werden, obwohl seitens der Verwaltung eine Ablehnung empfohlen wurde.

Der Antrag, **Reg. Nr. 319-22HH** wurde auf Empfehlung der Verwaltung von der FDP-Fraktion modifiziert.

Stadtrat Gerbeth führt weiter aus, dass sich seine Fraktion zu den Haushaltsanträgen der anderen Fraktionen nach bestem Wissen und Gewissen positionieren wird.

Stadtrat Gerbeth bedankt sich abschließend im Namen seiner Fraktion bei Frau Göbel und ihrem Fachbereich Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf 2023/2024 durch die zahlreichen Unsicherheiten, z. B. Gas- und Energiepreise, Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die Nachwirkungen der letzten beiden Corona-Jahre, sehr wenig Spielraum gelassen habe, um Anträge und Änderungen einzubringen.

Hinzu kämen Festlegungen durch Bundes- und Landesregierung, welche die Kommunen vor neue Herausforderungen stellen. Stadträtin Rank erwähnt hier z. B. die Erarbeitung des Mietspiegels oder die Wohngeldreform, welche zusätzliche Kosten für Personal- und Sachleistungen verursachen.

Kritisch sieht die Fraktion DIE LINKE, die generelle Fördermittelpolitik von Bund und Land. Es sei zwar gut, wenn Plauen hier großzügig mit Fördermitteln bedacht wird. Allerdings sei es ein enormer Arbeitsaufwand für die Verwaltung, die Projekte in kürzester Zeit zu erstellen sowie die Finanzierung zu erarbeiten und die Eigenmittel bereitzustellen.

Die Fraktion DIE LINKE hatte hierzu bereits 2019 den Antrag gestellt, dass die Verwaltung bei Großprojekten die Nachfolgekosten vorlegt. Teilweise sei dies auch erfolgt, man müsse aber immer wieder daran erinnern.

Bezüglich der Digitalisierung an Schulen führt Stadträtin Rank aus, dass es wichtig sei, nicht nur das Geld für die Beschaffung der Technik zur Verfügung zu stellen, sondern die Einrichtung und Nutzung der Technik zeitnah zu ermöglichen. Hierzu hat die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag, **Reg. Nr. 311-22HH** modifiziert, um eine zusätzliche befristete Stelle zu schaffen.

Auch in anderen Bereichen der Verwaltung sei es wichtig, gut ausgebildete Fachkräfte zu behalten, so z. B. die zusätzliche Mitarbeiterin im Kulturreferat.

Stadträtin Rank äußert sich kritisch, dass der Antrag ihrer Fraktion bezüglich des Begrüßungsgeldes für Neugeborene nicht schon eher behandelt wurde. Der Antrag, **Reg. Nr. 270-22** wurde bereits im Frühjahr 2022 gestellt.

Der Fraktion DIE LINKE sei es besonders in der derzeit schwierigen Situation wichtig, ehrenamtliche Arbeit zu erhalten und zu unterstützen. Deshalb sollten z. B. die Gelder für Übungsleiter wieder so wie in den Vorjahren eingestellt werden.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, sieht trotz der knappen Mittel noch „Spielräume“ beim Haushalt, die seine Fraktion „politisch ausgestalten und mit Leben füllen“ möchte. U. a. sei es wichtig, die vielfältige ehrenamtliche Arbeit in Plauen zu stärken.

Nach Meinung der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, sei der Haushalt 2023/2024 von einem Ungleichgewicht zwischen sozialen Aspekten und dem Baubereich geprägt. Deshalb würde die Fraktion Bauprojekte weiterhin kritisch, aber zugleich auch sachlich begleiten. Baukosten und daran anschließende Bewirtschaftungskosten müssten im Blick behalten werden.

Ein entsprechender Antrag der Fraktion SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, dass eine aktuelle Kostenübersicht über das derzeit laufende 50-Millionen-Projekt regelmäßig (mindestens 1 x im Quartal) vorgelegt werden soll, wurde von der Verwaltung angenommen.

Zu den dringlichsten Problemen im Haushalt zählt nach Meinung von Stadtrat Holtschke u. a. die Finanzierung der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB), da die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens nur noch für das kommende Jahr 2023 gesichert sei.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion könne bisher leider nicht erkennen, dass die Stadtverwaltung bzw. das Unternehmen selbst einen Ausweg aus dieser Situation aufzeigen würde.

Deshalb wurde der Antrag gestellt, dass die Verwaltung und die PSB ein Zukunftskonzept erstellen sollen, welches in bestehenden Konzepten aufgehen soll, indem insbesondere die Verknüpfung neuer Mobilitätsformen (z. B. autonome Busse und Bahnen) und Vorschläge zur Schließung der zu erwartenden Finanzlücke unterbreitet würden. Dieser Antrag wurde von der Verwaltung angenommen.

Auch dass die Zahlungsfähigkeit der Bäder Plauen GmbH über das Jahr 2023 hinaus nicht gesichert sei, bereitet der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion Sorge.

Auch eine Beteiligung der Landkreise Vogtland und Zwickau an der Finanzierung des Theaters Plauen-Zwickau sei noch immer nicht in Sicht, obwohl der Stadtrat der Stadt Plauen seit Jahren hierzu drängt.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion begrüßt den Beschluss, dass für das Theater nunmehr ein Strukturkonzept erarbeitet werden soll.

Weiterhin sieht die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion in der digitalen Optimierung von verschiedenen Prozessen (z. B. digitale Antragstellung beim Wohngeld) auch einen barrierearmen Zugang für Bürgerinnen und Bürger zu kommunalen Dienstleistungen der Verwaltung.

Durch weitere Anträge der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion sollen soziale Aspekte in der Stadt Plauen verbessert werden, z. B. Stärkung der Demokratiebildung und Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Positiv stimmt es die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, dass im Bereich der Gewerbe-, Grund- und Umsatzsteuer mit Mehreinnahmen gerechnet werden könne und dass die allgemeinen Schlüsselzuweisungen eine steigende Tendenz haben. Positiv sei auch zu erwähnen, dass der vorgelegte Haushalt 2023/2024 die Gesetzmäßigkeiten über den kompletten Planungszeitraum erfüllt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, führt aus, dass der vorgelegte Haushaltsplan 2023/2024 deutlich zeige, dass es nach wie vor eine angespannte Haushaltssituation gibt.

Trotzdem müssten seiner Meinung nach die begonnen großen Projekte realisiert und zu Ende gebracht werden, z. B. der Ersatzneubau der Elsterbrücke, die Fertigstellung des Neuen Rathauses sowie der Bau der Dreifeldhalle am Lessinggymnasium.

Gleichzeitig sei es aber wichtig, sich zukünftig auf die Substanz und die Unterhaltungskosten zu konzentrieren.

Trotzdem sollte man bei all diesen Baumaßnahmen die städtischen Straßen nicht aus dem Fokus verlieren. Deshalb sei die Kommunikation mit der Landesregierung hierzu wichtig.

Stadtrat Schmidt merkt an, dass ein Bildungsticket wenig nützen würde, wenn die Straßen im ländlichen Bereich nicht in Ordnung seien und Busse bzw. Bahnen nur unzureichend fahren würden.

Man erwartet von der Verwaltung eine effiziente Arbeitsweise. Nach Meinung von Stadtrat Schmidt sei es wichtig, dass die Fraktionen der Verwaltung diese effiziente Arbeitsweise auch ermöglichen sollten. Die CDU-Fraktion hat deshalb darauf hingewirkt, dass die Einreichung der Anträge zum Haushalt bereits im Vorfeld der Haushaltsdiskussion möglich war, um dann gemeinsam mit der Verwaltung wichtige Themen vorab zu besprechen.

Stadtrat Schmidt kritisiert, dass durch die anderen Fraktionen diese Möglichkeit nicht wahrgenommen wurde.

Bezüglich der Erhaltung der Plauener Straßenbahn sei es für Stadtrat Schmidt wichtig, ein Signal nach außen zu senden, dass dieses Traditionsunternehmen fortbestehen müsse. Es würde derzeit die Chance bestehen, einen ÖPNV-Verbund zu schaffen, in welchem vertraglich geregelt sei, dass sich auch der Vogtlandkreis an der Finanzierung beteiligen würde.

Stadtrat Schmidt führt aus, dass sich seine Fraktion weiterhin für den Verbleib der Stadt Plauen im Kulturraum ausspricht und somit auch die Kulturumlage weiter eingeplant werden sollte.

Auch das Thema Brandschutz sei ein wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion. Ein entsprechender Antrag zur Realisierung einer Feuerwache im westlichen Teil der Stadt Plauen wurde ebenfalls im Vorfeld in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Es sei nach Meinung von Stadtrat Schmidt wichtig, die Stadt Plauen zukunftsfähig aufzustellen und die Händler marketingmäßig mit zu unterstützen. Der Dachverband Stadtmarketing würde dabei einen wesentlichen Beitrag leisten. Deshalb wirbt die CDU-Fraktion dafür, ihren entsprechenden Antrag zu unterstützen.

Um die Aufgaben und Leistungen in der Stadt Plauen auch zukünftig aufrecht erhalten zu können, ist es für die CDU-Fraktion wichtig, dass das Industrie- und Gewerbegebiet Oberlosa zügig erschlossen wird.

Positiv zu erwähnen sei nach Meinung von Stadtrat Schmidt, dass es im vorgelegten Haushaltsplan 2023/2024 keine Kürzungen im freiwilligen Bereich (Vereine, Sport, Kultur) gibt.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, äußert sich positiv dazu, dass der Haushalt 2023/2024 bereits heute beschlossen werden kann. Dies war beim letzten Doppelhaushalt 2021/2022 nicht der Fall. Deshalb hatte die AFD-Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt und bedankt sich bei Frau Göbel und allen Fraktionen, dass dies gelungen ist.

Der zeitige Beschluss zum Haushalt 2023/2024 ist für Stadtrat Schumann deshalb so wichtig, weil der Haushalt von sehr vielen Baumaßnahmen geprägt sei, welche nunmehr bereits zu Beginn des neuen Jahres ausgeschrieben bzw. vergeben werden können. Zum Beispiel die Maßnahmen, welche innerhalb des 50-Millionen-Projektes realisiert werden sollen, seien für die Erhaltung des Oberzentrums Plauen von großer Bedeutung.

Frau Göbel, Fachdienstete für das Finanzwesen, weist auf das Austauschblatt vom 25.10.2022 zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024 bezüglich der Berichtigung der Haushaltssatzung hin. Da der Stadtratsbeschluss zur Haushaltssatzung auf die mit dem Entwurf ausgereichte Haushaltssatzung Bezug nimmt, wurde dieses Austauschblatt mit dem korrekten Satzungsentwurf an alle Stadtratsmitglieder im Vorfeld ausgereicht.

Frau Göbel erläutert die Verfahrensweise zur Abstimmung der eingereichten Haushaltsanträge:

Zu jedem der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Anträge bzw. modifizierten Anträge gibt es entsprechende Präsentationsfolien:

- Kurzform Antrag
- Beschlussempfehlung der Verwaltung
- Finanzielle Auswirkungen
- Beschlusstext des Antrages bzw. modifizierten Antrages

Besonders wichtig ist die Folie, auf welcher die konkreten Auswirkungen auf die Beschlussfassung zum Haushalt 2023/2024 dargestellt sind.

Der Inhalt dieser Präsentationsfolien wird zu den entsprechenden beschlossenen Anträgen in die Niederschrift zur heutigen Sitzung aufgenommen. Daraus werden dann die endgültigen Werte der Haushaltssatzung ermittelt.

Es muss darauf geachtet werden, dass die Beschlussfassung zu den einzelnen Anträgen bezüglich ihrer Auswirkung auf den Haushalt eindeutig ist, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Sollten die Antragsteller mit den auf der Präsentationsfolie gezeigten Auswirkungen nicht einverstanden sein, dann müsste dies bitte eindeutig vorgetragen werden. Dies bezieht sich auch auf die Deckungsquellen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den am 06.10.2022 elektronisch übermittelten und am 18.10.2022 vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2023/2024 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung der Stadt Plauen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 in der sich daraus unter Berücksichtigung beschlossener Anträge ergebenden endgültigen Fassung.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-23

3.3.1. Antrag 286-22HH - Ortschaftsrat Kauschwitz

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, erläutert in seiner Funktion als Ortsvorsteher des Ortschaftsrates Kauschwitz den Inhalt des Antrages.

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Die Einordnung der Maßnahme im Planungszeitraum sei nicht möglich, deshalb wird die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Aufnahme der Baumaßnahme Alte Jöbninger Straße zwischen Plauener/Syrauer Straße und Neue Straße in Kauschwitz in den aktuellen Haushaltsplan. Die Stadtverwaltung Plauen prüft zeitnah die aktuelle Kostensituation für die Maßnahme sowie die möglichen Förderprogramme, um die Maßnahme umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-4

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.2. Antrag 289-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der Punkt 1 des Antrages bereits in den Haushalt eingearbeitet wurde. Somit empfiehlt die Verwaltung, über diesen Punkt 1 keinen Beschluss zu fassen. Zum Punkt 2 des Antrages sollte ein Beschluss erfolgen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, an der Käthe-Kollwitz-Schule eine Voruntersuchung i. H. v. ca. 50 TEUR über den zu errichtenden Ersatzneubau für die Käthe-Kollwitz-Schule in den aktuellen Haushaltsplanentwurf in 2023 einzuordnen. Diese Voruntersuchung soll auch dazu dienen, in Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis einzutreten.

Haushaltsseitige Auswirkungen

Investition 2023: 50.000 EUR Auszahlungen ohne Fördermittel (für Voruntersuchung)

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-5

3.3.3. Antrag 292-22HH - Stadtrat Tony Gentsch

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, erläutert zusammenfassend alle seine Anträge von TOP 3.3.3 bis TOP 3.3.8..

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass die Erträge Bußgelder - stationäre Geschwindigkeitsüberwachung zweckgebunden zu 100% in den Straßenbau der Stadt Plauen fließen und somit der Etat für die Deckensanierung von Gemeindestraßen erhöht wird.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 30 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-6

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.4. Antrag 293-22HH - Stadtrat Tony Gentsch

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, den Zuschuss in Höhe von 8.000 EUR zur Förderung von Projekten zur Demokratiebildung einzustellen.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen 29 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-7**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.5. Antrag 294-22HH - Stadtrat Tony Gentsch

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Aufwendungen für die Jugendfeuerwehr um 8.000 EUR zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen 29 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-8**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.6. Antrag 295-22HH - Stadtrat Tony Gentsch

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Personalaufwendungen/Personalauszahlungen von 22% um 5% zu senken

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 32 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-9**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.7. Antrag 296-22HH - Stadtrat Tony Gentsch

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, 1.000.000 EUR dem Schlüsselprodukt 365101 - Eigene Einrichtungen (Kitas, Horte, Tagespflege) Nr. 1.4 zuzuweisen, so dass die Elternbeiträge anteilmäßig sinken.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 32 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-10**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.8. Antrag 297-22HH - Stadtrat Tony Gentsch

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, 1.000.000 EUR als Zuschuss für die Mittagsmenüs zuzuweisen, so dass die Kosten in der Kita- und Schulverpflegung für Eltern sinken.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme; 32 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-11**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.9. Antrag 299-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Gästebereich Platz.

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

U. a. führt sie aus, dass schon seit längerer Zeit gefordert wurde, dass sich der der Joel e. V. um die Zulassung als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe bemühen sollte, was bisher noch nicht geschehen sei. Bisher hätte es zum Haushalt immer einen separaten Antrag für die Bereitstellung der Mittel für den Joel e. V. gegeben und in diesem Jahr seien die Mittel ohne Antrag in den Haushalt einfach eingestellt worden. Dies sei nach Meinung von Stadträtin Zierold schwierig, da die Familien des Bürgermeisters für den Geschäftsbereich I in diesem Verein involviert sei.

Stadträtin Zierold betont abschließend, dass die Arbeit, welche der Joel e. V. leistet, ihrer Fraktion wichtig sei.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, äußert sich kritisch zur Begründung dieses Antrages. Er merkt an, dass im Joel e. V. seit vielen Jahren eine wertvolle Arbeit geleistet wird. Es sei eine wichtige Anlaufstelle für Jugendliche in Not. Über viele Jahre würde der Joel e. V. nur mit Spendengeldern arbeiten. Nach dem Jugendhilfegesetz handelt es sich um einen zugelassenen Verein. Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, zeigt sich etwas befremdet von der Begründung. Sie merkt an, dass die Eltern von Bürgermeister Kämpf nunmehr in Ruhestand gehen und die Arbeit im Joel e. V. durch ausgebildete Pädagogen fortgeführt werden soll. Die Familie selbst hätte nie von den bereitgestellten Mitteln partizipiert, sondern immer die Jugendlichen, die durch den Verein unterstützt werden.

Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, wohnt direkt neben dem Gebäude des Joel e. V.. Er kennt somit das Objekt, die Mitarbeiter und Eigentümer der Gebäude.

Stadtrat Przisambor merkt an, dass seiner Meinung nach die Familie Kämpf unmittelbar die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt.

Die Frage, die sich hier stellt, ist die, warum es die Zulassung als anerkannter Träger der freien Jugendarbeit nicht gibt und warum der Joel e. V. sich nicht um diese Zulassung bemüht.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, kennt den Joel e. V. nicht und kennt auch die Hintergründe bezüglich der angesprochenen Zulassung nicht. Er bittet darum, dies noch einmal deutlich darzulegen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert, dass Träger der offenen Jugendhilfe, welche die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, vom Vogtlandkreis anerkannt werden und somit von dort finanzielle Unterstützung erhalten.

Vom Joel e. V. werden diese gesetzlich geforderten Prüfungen von den Verantwortungsträgern seit vielen Jahren nicht abgelegt, so dass der Vogtlandkreis diesen Verein nicht fördern darf.

Deshalb finanziert sich der Verein über Spenden.

Auf diesen strukturellen Widerspruch wollte die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion aufmerksam machen.

Stadtrat Schmidt hält die Ausführungen von Stadtrat Fiedler für „Mutmaßungen“. Ihm ist dies so nicht bekannt. Seines Wissens nach ist der Joel e. V. ein nach dem Jugendhilfegesetz zugelassener Verein. Warum es im Jugendhilfeausschuss des Kreises dazu eine andere Meinung gibt, kann er nicht beurteilen.

Darüber hinaus soll nunmehr ein Generationenwechsel im Joel e. V. stattfinden, so dass geprüfte Sozialpädagogen und Erzieher die wertvolle Arbeit des Vereines weiter fortsetzen wollen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht aus seinen Erfahrungen als langjähriges Mitglied des Jugendhilfeausschusses des Vogtlandkreises. Es würde sich bei den hier beantragten 5.000 EUR um einen „überschaubaren Zuschuss“ handeln.

Stadtrat Gerbeth empfiehlt der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, in einer der nächsten Sitzungen des Bildungs- und Sozialausschusses auf das vorgetragene Thema aufmerksam zu machen.

Eventuell könne dann die Sachfrage geklärt werden.

Stadtrat Gerbeth selbst wird dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass seines Wissens nach zwar nicht die Einrichtung selbst als offener Jugendtreff anerkannt sei, aber der Träger der Einrichtung, der CVJM (Christlicher Verein Junger Menschen) schon.

Stadtrat Legath schlägt vor, den Antrag eventuell abzuändern: 2023 sollte das Geld an den Joel e. V. ausgezahlt werden. 2024 soll das Geld unter der Maßgabe zur Verfügung gestellt werden, dass der Verein alles möglich unternimmt, um die gesetzliche Anerkennung zu erreichen und in die Jugendhilfeplanung des Vogtlandkreises aufgenommen zu werden.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass dies nicht zwingend bedeutet, dass der Joel e. V. tatsächlich in die Jugendhilfeplanung des Vogtlandkreises aufgenommen wird, da der Vogtlandkreis die Meinung vertritt, dass es zu viele Jugendeinrichtungen in der Stadt Plauen gäbe.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, unterstützt den Vorschlag von Stadtrat Legath. Der Joel e. V. hat sich im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und von dort klare Empfehlungen erhalten.

Stadträtin Zierold teilt mit, dass ihre Fraktion dem Vorschlag von Stadtrat Legath folgt und den Antragstext ändert.

Oberbürgermeister Zenner trägt den geänderten Beschlusstext vor und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die im Haushaltsplan 2024 eingestellten Gelder für den Joel e.V. (5.500 EUR) werden zurückgestellt und die Auszahlung im Jahr 2024 an die Maßgabe geknüpft, dass der Verein Maßnahmen unternimmt, um den Kinder- und Teenietreff als offene Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-12

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.10. Antrag 301-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, führt aus, dass es bereits zielgerichtete Angebote für Schwangere bzw. alleinerziehende Mütter und Familien in problematischen Situationen in der Stadt Plauen und vom Vogtlandkreis (sozialer Dienst) gibt. Diese Angebote weiter zu unterstützen und zu koordinieren, sei eine wichtige Aufgabe. Mit der Schaffung dieser zusätzlichen Stelle würde die Stadt Plauen falsche Signale an den Vogtlandkreis senden, weil sie wieder originäre Aufgaben des Landkreises übernehmen würde.

Die CDU-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass es auch ihre Fraktion kritisch sieht, hier eine weitere Planstelle einzurichten. Es war damals eine politische Entscheidung, dass sich die Stadt Plauen freiwillig eine Familienhebamme „leistet“, was auch nach wie vor unterstützt wird.

Auch die Fraktion DIE LINKE lehnt die Schaffung einer weiteren Stelle ab.

Stadtrat Hermann zieht den Antrag seiner Fraktion, Reg. Nr. 301-22, für die Haushaltsberatung zurück.

3.3.11. Antrag 304-22HH - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass der Punkt 3 dieses Antrages bereits zur Vorberatung im Finanzausschuss von der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zurückgezogen wurde und somit heute nicht zur Beschlussfassung steht.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages. Er legt u. a. dar, dass sich die Verwaltung des Punktes 3 des Antrages bereits angenommen hat.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass zum Punkt 1 des Antrages seitens der Verwaltung ein Kompromiss auf 6,00 EUR vorgeschlagen wurde, da es auch noch einen Antrag der Fraktion DIE LINKE über 5,00 EUR gibt. Die Verwaltung schlägt vor, den Punkt 2 des Antrages abzulehnen. Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, die beiden Punkte des Antrages einzeln abzustimmen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass ihre Fraktion diesen Antrag unterstützen wird. Sollte diesem Antrag nicht zugestimmt werden, so hält die Fraktion DIE LINKE ihren eigenen Antrag zu diesem Thema aufrecht.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet die Mitglieder des Stadtrates darum, ein klares Zeichen für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit an die Vereine mit der Zustimmung zu diesem Antrag zu senden.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass Vereinen, die Hallen und Sportanlagen in der Stadt Plauen betreuen, z. B. der VFC Plauen, eine Personalkostenerhöhung i. H. v. 30 % in Aussicht gestellt wurde. Weiterhin wurde festgelegt, dass die Energiepreisforderungen im Einzelfall bewertet werden sollen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass zur Stärkung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements der Sportvereine insbesondere im Nachwuchsbereich folgende Änderungen am Haushalt beschlossen werden:

1. Bei der „Sportförderung Übungsbetrieb“ für Kinder und Jugendliche ist ein Zuschuss von jährlich 8,- EUR pro Person ab 1.1.2023 zu planen.

Haushaltsseitige Auswirkungen

Zu 1. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (2023: 3.350 ab 2024: 3.400)

2023: Mehrkosten 16.750 EUR

bisher 3,00 EUR ergibt in Summe 10.050 EUR Aufwendungen/Auszahlungen

Antrag 8,00 EUR ergibt in Summe 26.800 EUR Aufwendungen/Auszahlungen

2024 bis 2027: Mehrkosten 68.000 EUR

bisher 3,00 EUR ergibt in Summe 10.200 EUR Aufwendungen/Auszahlungen

Antrag 8,00 EUR ergibt in Summe 27.200 EUR Aufwendungen/Auszahlungen

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen; 11 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-13

2. Als „Zuschuss für anerkannte ehrenamtliche Trainer“ ist ein Zuschuss von 2,- EUR pro Übungseinheit ab 1.1.2023 zu planen.

Haushaltsseitige Auswirkungen

Zu 2.: Übungsleiter- und Trainerpauschale Mehrkosten 102.415 EUR 2023 bis 2027 bisher 1,50 EUR ergibt 61.450 EUR Aufwendungen/Auszahlungen jährlich Antrag 2,00 EUR ergibt 81.933 EUR Aufwendungen/Auszahlungen jährlich 2023: + 37.233 Erträge/Einzahlungen Gemeindeanteil Einkommenssteuer 2024 bis 2027: jährlich + 37.483 Erträge/Einzahlungen Gemeindeanteil Einkommenssteuer

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen; 13 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-14

3.3.12. Antrag 305-22HH - SPD/Grüne/Initiative

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Zenner unterstützt den Vorschlag, dass er gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden den Vogtlandkreis bezüglich der Mitfinanzierung des Theaters Plauen-Zwickau „in die Pflicht nehmen“ sollte.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus. Er führt aus, dass bei einer möglichen Zustimmung zum Antrag logischerweise dann auch der Austritt aus dem Kulturraum beschlossen werden müsste, was bisher immer abgelehnt wurde.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erklärt, dass er persönlich bei entsprechenden Beschlüssen im Kreistag und im Stadtrat immer für das Theater abgestimmt hat. Er gedenkt, dies auch zukünftig zu tun.

Die Intention des Antrages, insbesondere den Punkt 2, kann Stadtrat Gerbeth nachvollziehen, er denkt aber, dass es taktisch nicht klug sei, diese Option jetzt zu ziehen.

Stadtrat Gerbeth hat allerdings ernsthafte Zweifel, ob es bei einem Austritt aus dem Kulturraum wirklich dazu kommt, dass der Kulturraum in Größenordnungen Mittel für die Plauer Einrichtungen streichen würde.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus.

Seiner Meinung nach soll mit diesem Antrag etwas umgesetzt werden, wo nicht einmal der Kreistag des Vogtlandkreises das alleinige Entscheidungsgremium ist, weil es auch noch einen Kreistag im Zwickauer Landkreis gibt. Dort hätte man wohl „genauso wenig Lust darauf“, das Theater Plauen-Zwickau mitzufinanzieren, wie es im Vogtlandkreis der Fall sei.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, betont, dass seine Fraktion nicht für einen Austritt aus dem Kulturraum gestimmt hat, sondern haben begründet gegen einen Antrag der CDU-Fraktion gestimmt, weil dieser Antrag dazu geführt hätte, dass der Haushalt damals nicht mehr genehmigungsfähig gewesen wäre.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, wenn das Geld für die Kulturumlage nicht im Haushalt der Stadt Plauen eingestellt würde, suggeriert die Stadt Plauen, dass sie am 30.06.2023 aus dem Kulturraum austreten würde.

Stadtrat Holtschke führt aus, dass man in dieser Frage seit Jahren nicht zu einer Entscheidung käme. Die Stadt Plauen müsse ihren Argumenten auch einmal Nachdruck verleihen.

Stadtrat Holtschke bittet um Streichung des letzten Satzes im Antrag seiner Fraktion:
„Im Haushaltsplan ist die Position Auszahlung Kulturumlage i. H. v. 800.000 EUR in 2024 zu streichen.“

Oberbürgermeister Zenner trägt den geänderten Beschlusstext des Antrages der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion vor. Er würde sich dieses Antrages als Arbeitsauftrag annehmen.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, merkt an, dass der durch Stadtrat Holtschke geänderte Beschlusstext des Antrages nichts mehr mit dem Haushalt zu tun hätte.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, betont dies ebenfalls. Er schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen und als Arbeitsauftrag an den Oberbürgermeister zu geben und die Fraktionsvorsitzenden mit einzubeziehen.

Stadtrat Holtschke vertritt die Meinung, dass der Antrag durchaus eine finanzielle Bedeutung hat und bittet um Abstimmung.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick kann der Formulierung des Antrages nicht zustimmen. Man könne den Oberbürgermeister nicht dazu verpflichten, eine Verhandlung (erfolgreich) im Sinne der Stadt Plauen abzuschließen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, stellt den Geschäftsordnungsantrag gemäß § 15 Abs. 1 a) der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen auf Beendigung der Aussprache.

Es gibt kein Wort dafür und kein Wort dagegen, sodass Oberbürgermeister Zenner nunmehr über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lässt.

**Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-15**

Oberbürgermeister Zenner lässt nunmehr über den geänderten Antrag, **Reg. Nr. 305-22**, abstimmen:

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Verhandlungen über eine stärkere Einbeziehung des Vogtlandkreises in die Gestaltung und Finanzierung des Theaters spätestens im ersten Halbjahr 2023 abzuschließen. In die Aktivitäten des Oberbürgermeisters sind die Plauener Kreisräte aktiv einzubeziehen. Dem Stadtrat sind notwendige Änderungen spätestens im Juni 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-16**

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.13. Antrag 311-22HH - Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erläutert den modifizierten Antrag ihrer Fraktion.

Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion die Schaffung dieser zusätzlichen Stelle im Bereich Digitalisierung begrüßt und bedankt sich bei Oberbürgermeister Zenner dafür.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, merkt an, dass in den Schulen der Stadt Plauen zu diesem Thema eine „mittlere bis große Unzufriedenheit“ herrscht, wie die Dinge derzeit umgesetzt werden.

Früher seien Servicepartner zu den Schulen gefahren und die Hilfe erfolgte relativ zügig.

Nach Meinung von Stadtrat Gerbeth war die grundsätzliche Entscheidung, die Betreuung an den Schulen nun anders zu gestalten, vielleicht nicht sehr glücklich.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass dieser Antrag von der Fraktion DIE LINKE eingebracht wurde, um den Haushaltsplanentwurf dahingehend zu ergänzen. Seine Fraktion unterstützt den Antrag, es sollte aber nicht übersehen werden, dass der Oberbürgermeister diesen Bedarf übersehen hätte.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, bittet darum, dass die Verwaltung die Struktur im Fachgebiet Informationstechnik im Zuge der Einstellung eines neuen Mitarbeiters überdenken sollte.

Gleichzeitig sollte ein striktes Controlling eingeführt werden, um als Stadtrat vernünftige Zahlen, Werte und Daten erhalten zu können, nach denen man Entscheidungen treffen könne.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, hatte vor ca. 2 Monaten eine Anfrage an Herrn Grimm gerichtet, bei welcher die Antwort noch aussteht. Hier ging es um Mitteilungen von Lehrern und Eltern, dass die Mitarbeiter des Fachgebietes Informationstechnik gerne manche Dinge erledigen würden, sie das aber nicht könnten, weil Herr Grimm sich dies selbst vorbehält.

Stadtrat Rust zweifelt an, dass eine Entgeltgruppe 9b für solch eine neu zu schaffende Stelle ausreichend sei. Er geht davon aus, dass die Kosten eher etwas höher liegen würden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass im Bereich Digitalisierung an Schulen eine zusätzliche befristete Stelle eingerichtet wird.

Haushaltsseitige Auswirkungen

Personalkosten EG 9b
entsprechend bereits vorhandener Stelle
2023: + 56.140 EUR Aufwendungen/Auszahlungen
2024: + 57.824 EUR Aufwendungen/Auszahlungen
Mehrkosten 113.964 EUR für 2023 bis 2024

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-17

3.3.14. Antrag 312-22HH - Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erläutert den Inhalt des modifizierten Antrages.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, begrüßt diesen Antrag. Gerne benennt die AfD-Fraktion eine Deckungsquelle hierfür: Schlüsselprodukt 111105 – Fraktionsmittel. Da die AfD-Fraktion sehr sparsam gewirtschaftet hat, können Fraktionsmittel an die Verwaltung zurückgegeben werden.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, bedankt sich für diesen Vorschlag. Sie erläutert, dass Fraktionsgelder aber nicht hierfür eingesetzt werden dürfen. Somit könne diese Deckungsquelle nicht beschlossen werden. Allerdings kann durch die Rückgabe der Fraktionsmittel die Deckung für den Antrag aus zusätzlichen liquiden Mitteln erfolgen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls für den Antrag aus.

Frau Göbel erläutert nochmals, dass die von der AfD-Fraktion zurückgegebenen Fraktionsmittel nicht unmittelbar als Deckungsquelle eingesetzt werden können. Durch die geringere Inanspruchnahme der geplanten Mittel stehen diese als liquide Mittel zur Deckung zur Verfügung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt eine finanzielle projektbezogene Zuschussung für die weitere Aufwertung des Arboretums in Höhe von 2.500 EUR für die Jahre 2023 und 2024.

Haushaltsseitige Auswirkungen

2023: + 2.500 EUR Aufwendungen/Auszahlungen
2024: + 2.500 EUR Aufwendungen/Auszahlungen
Mehrkosten 5.000 EUR für 2023 bis 2024

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-18

3.3.15. Antrag 313-22HH - Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Zenner kann aus Sicht der Verwaltung keine Zustimmung zu diesem Antrag empfehlen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, kann dem Antrag nicht folgen. Er denkt, dass die derzeitigen Probleme, die viele kulturelle Vereine haben (z. B. Überalterung), nicht mit mehr Geld behoben werden könnten.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion diesen Antrag unterstützen wird.

Stadträtin Rank, merkt an, dass durch die Corona-Einschränkungen viele Vereine die Gelder nicht abrufen konnten. Nunmehr läuft die Vereinsarbeit aber wieder an. Man sollte hier ein klares Zeichen setzen und dem Antrag zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Erhöhung des Zuschusses der Förderung kultureller Vereine und freier Träger der Kultur um 5.000 EUR.

Haushaltsseitige Auswirkungen

jährlich: + 5.000 EUR Aufwendungen/Auszahlungen
Mehrkosten 25.000 EUR für 2023 bis 2027

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 8 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-19

3.3.16. Antrag 316-22HH - Fraktion DIE LINKE

Der Antrag 316-22HH wurde von der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen, da der weitergehende Antrag 304-22HH (TOP 3.3.11.) beschlossen wurde.

3.3.17. Antrag 317-22HH - FDP-Fraktion

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einstellung eines noch zu beziffernden Betrages für eine Reparatur / Instandsetzung der Fahrbahn der Straßberger Straße für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-20

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.3.18. Antrag 318-22HH - FDP-Fraktion

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da die FDP-Fraktion ihren Antrag, **Reg. Nr. 318-22HH**, zurückgezogen hat.

3.3.19. Antrag 319-22HH - FDP-Fraktion

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befähigt und nimmt im Gästebereich Platz.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erläutert den Inhalt des modifizierten Antrages.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass dem Antrag nur unter Berücksichtigung der Bereitstellung entsprechender Fördermittel zugestimmt werden könne.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einstellung eines städtischen Eigenanteils in Höhe von 5.000 EUR für die Investition "Komturhof, 3. Bauabschnitt/Planung" für das Haushaltsjahr 2024 sowie die Berücksichtigung eines städtischen Eigenanteils in Höhe von 45.000 Euro für die Investition "Komturhof, 3. Bauabschnitt/Realisierung" in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2025.

Haushaltsseitige Auswirkungen

Investition

2024: 20 TEUR Auszahlungen / 15 TEUR Einzahlungen

2025: 180 TEUR Auszahlungen / 135 TEUR Einzahlungen

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 37/22-21

3.3.20. Antrag 320-22HH - CDU-Fraktion

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass der Zuschuss an den Dachverband Stadtmarketing für die Jahre 2023 und 2024 um je 10.000 EUR erhöht wird.

Haushaltsseitige Auswirkungen

jährlich: + 10.000 EUR Aufwendungen/Auszahlungen

Mehrkosten 20.000 EUR für 2023 bis 2024

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-22

3.4. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)

Drucksachenummer: 0749/2022

Frau Ute Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, für die Jahre 2023 und 2024 auf einen Gesamtabschluss nach § 88b SächsGemO zu verzichten und stattdessen den Beteiligungsbericht nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO in bisheriger Form beizubehalten sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen auch weiterhin wie bisher nach der Eigenkapitalspiegelmethode in der Bilanz der Stadt Plauen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-24

3.5. Vorsorglicher Widerruf der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz zum 01.01.2023

Drucksachenummer: 0760/2022

Frau Ute Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Erklärung nach § 27 Abs. 22 UStG vom 23.11.2016 mit Wirkung vom Beginn des Kalenderjahres 2023 an gegenüber dem Finanzamt Plauen zu widerrufen.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-25

3.6. Bestellung eines Abschlussprüfers für die Jahresabschlüsse 2022 und 2023 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0738/2022

Frau Kerstin Karch, Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt die HKMS Treuhand GmbH Plauen, Marienstraße 16, 08527 Plauen zum Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse und die Lageberichte zum 31.12.2022 und 31.12.2023 für den Kulturbetrieb der Stadt Plauen und erteilt sein Einvernehmen zur Erweiterung des Prüfungsauftrages gem. § 53 Abs. 1 HGrG. Die Auftragserteilung erfolgt jährlich durch den Oberbürgermeister der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-26

3.7. Marktkalender 2023

Drucksachenummer: 0732/2022

Herr Eckard Sorger, Leiter Fachgebiet Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Marktkalender der Stadt Plauen für das Jahr 2023 und ermächtigt die Verwaltung nach § 2 Abs. 2 der Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktsatzung zu Abweichungen, sollten diese erforderlich sein.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-27

3.8. Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Demokratiekultur, Vielfaltgestaltung und zur Unterstützung interkultureller Jugendbegegnungen in der Stadt Plauen (FRL Demokratie)

Drucksachenummer: 0709/2022

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde der Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, *Reg. Nr. 324-22*, für diesen Tagesordnungspunkt ausgereicht.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.
U. a. informiert er über folgende Änderungen:

Änderung im Sachverhalt der Verwaltungsvorlage:

In der Vergangenheit wurden im Haushalt der Stadt Plauen jährlich Mittel in Höhe von 8.000,00 EUR für die Maßnahme „Runder Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Vogtlandkreis“ ~~zur anteiligen Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“~~ bereitgestellt.

Ergänzung im § 2 Abs. 2 c) der Richtlinie:

c) die Maßnahme oder das Projekt noch nicht begonnen hat. **Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn kann förderunschädlich beantragt werden.**

Dies gilt aber nur für die Anteile aus der Förderrichtlinie der Stadt Plauen.

Änderung im § 4 Abs. 2 der Richtlinie:

Die Anträge auf Förderung ~~sind bis zum 30. September~~ **sind in der Regel bis zum 31.01. des laufenden Jahres** einzureichen.

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages,
Reg. Nr. 324-22.

Stadträtin Zierold fragt nach, ob der Begriff „Extremismus“ im § 2 Abs. 1 dieser Richtlinie bei einer eventuellen Klage eines Freien Trägers vor Gericht Bestand hat.

Herr Sascha Giller, Justiziar der Stadt Plauen, plädiert dafür, die im Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion aufgeführte Änderung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ nicht in die Richtlinie aufzunehmen, weil er hier größere rechtliche Bedenken sieht als bei der Verwendung des Begriffes „Extremismus“.

Nach Meinung von Herrn Giller ist die vorgelegte Richtlinie rechtssicher.

Stadträtin Zierold führt aus, dass nach ihrem Kenntnisstand die Punkte 2 und 3 der Extremismusklausel abgelehnt und nur der Punkt 1 bestätigt wurde.

Eventuell sollte der § 2 Abs. 1 dieser Richtlinie bereits nach „...zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen.“ enden, ohne den Begriff „Extremismus“ zu verwenden und somit eine Rechtssicherheit herstellen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, merkt an, dass der Begriff „Extremismus“ soeben von Herrn Giller klar definiert wurde.

Seiner Meinung nach würde der Begriff „Menschenfeindlichkeit“ die Bereiche „Linksextremismus“ und „Islamismus“ nicht mit „abdecken“. Es sollte klar sein, dass durch Vereine, die von der Stadt Plauen gefördert werden, jede Form von Extremismus abgelehnt wird.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass bei Schulungen von Jugendleitern/ Jugendtrainern in bundesweit standardisierten Lehrplänen gelehrt wird, dass die „Extremismus-Theorie“ „höchst umstritten“ und „eigentlich schon überholt“ sei.

Stadtrat Legath kann der von Stadträtin Zierold vorgeschlagenen Änderung folgen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus.
Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag gemäß § 15 Abs. 1 a) der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen auf Beendigung der Aussprache.

Stadträtin Zierold spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Sie möchte noch eine Änderung zu ihrem Antrag vorschlagen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 9 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-27

Oberbürgermeister Zenner lässt nunmehr über den Antrag, *Reg. Nr. 324-22*, abstimmen.

Beschluss zum Antrag:

Der Stadtrat beschließt: Die FRL Demokratie wird im §2 folgendermaßen geändert:

1. Zuwendungsempfänger nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie können Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie als gemeinnützig anerkannte Vereine, Verbände und demokratiefördernde Initiativen sein, die sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ablehnen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-29

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschluss zur Verwaltungsvorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Demokratiekultur, Vielfaltgestaltung und zur Unterstützung interkultureller Jugendbegegnungen in der Stadt Plauen (FRL Demokratie).

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-30

3.9. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 0740/2022

Herr Lutz Armbruster, kaufmännischer Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen für das Wirtschaftsjahr 2023

- mit Erträgen i. H. v. 22.171.750 EUR und Aufwendungen i. H. v. 22.479.796 EUR, somit mit einem Verlust i. H. v. 308.046 EUR im Erfolgsplan,

- mit einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 10.110 EUR,

- mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit i. H. v. 504.500 EUR und einem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. 160.813 EUR im Liquiditätsplan.

2. Der Gesamtbetrag der Kredite für die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 325.000 EUR festgesetzt.

3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0,00 EUR festgesetzt.

4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500.000 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 37/22-31

3.10. Änderung der Friedhofssatzung
Drucksachenummer: 0742/2022

Herr Lutz Armbruster, kaufmännischer Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur 2. Änderung der Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Plauen (Friedhofssatzung).

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-32

3.11. Friedhofsgebührensatzung
Drucksachenummer: 0744/2022

Herr Lutz Armbruster, kaufmännischer Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, ob es ein Fehler sei, dass der Wert im Punkt 3.1.3.1. „muslimische Grabanlage Kinder bis 2 Jahre“ nunmehr günstiger sei als bisher.

Herr Armbruster antwortet, dass es eine Neuerung sei, dass Bestattungen/Bestattungshandlungen für Kinder bis 2 Jahren grundsätzlich - egal welche Art der Bestattung - kostenfrei gemacht wurde. Der Erwerb der Grabstelle ist aber weiterhin zu bezahlen.

Dies hat zur Folge, dass in der von Stadtrat Holtschke erwähnten Position die Bestattungskosten herausgenommen wurden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Satzung der Stadt Plauen über die Friedhofsgebühren (Friedhofsgebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-33

3.12. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für das Flurstück 936/8 von Plauen)
Drucksachenummer: 0594/2022

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass es im Beschlussvorschlag der Vorlage richtig heißen muss: „Der ~~Finanzausschuss~~ Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt...“.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, fragt nach, ob es eine Möglichkeit des Eingreifens der Verwaltung gäbe, wenn innerhalb des Vertragszeitraumes (25 Jahre) ein Nutzungswechsel auf der Fläche stattfinden würde.

Herr Löffler teilt mit, dass eine Nutzungsänderung meistens bauordnungsrechtlich genehmigungspflichtig ist. In diesem Falle müsste die Nutzungsänderung überprüft werden.

Stadtrat Rust merkt an, dass jemandem prinzipiell eine Baugenehmigung zustehen würde, wenn er für die Fläche eine andere Nutzung vornehmen würde. Man könne also nicht das Baurecht entziehen, nur weil die Art der Nutzung „nicht gefällt“?

Herr Löffler antwortet, dass der für dieses Grundstück vorliegende Bebauungsplan eine gastronomische Nutzung vorsieht. Dementsprechend sei hier nicht viel Spielraum für eine andere Nutzung.

Herr Sascha Giller, Justiziar der Stadt Plauen, führt aus, dass es bauordnungsrechtlich keine Handhabe gibt. Man müsse schauen, ob im entsprechenden Pachtvertrag genauere Vorgaben gefasst wurden. Wenn diesem Pachtvertrag zuwidergehandelt würde, könnte die Stadt Plauen das so genannte Heimfallrecht geltend machen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück in Plauen, Neundorfer Str. 10, Flurstück 936/8 Gemarkung Plauen, Erbbauberechtigter Herr Soufian Hamza, mit Grundschulden in Höhe von 245.050,00 EUR für die Sparkasse Vogtland mit dem Sitz in Plauen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-34

3.13. Gebietsbeschluss zum neuen Städtebaufördergebiet „Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WEP) Haselbrunn 2023 - 2037“
Drucksachenummer: 0746/2022

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Gästebereich Platz.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, ergänzt diese Ausführungen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die in der Anlage befindliche Fördergebietskulisse „Haselbrunn 2023 - 2037“ zur Antragstellung um Neuaufnahme in das Städtebauförderprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung (WEP)“ 2023.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/22-35

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, fragt nach, warum und wie lange die neu gebaute Treppe an der Friedensbrücke (neben der IHK) gesperrt ist.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, antwortet, dass die Treppe während der Winterperiode gesperrt bleibt. Die Bewirtschaftung dieser Treppe in den Wintermonaten stellt einen großen Aufwand dar, weil mehrmals am Tag geräumt und gestreut werden müsse. Ca. im März nächsten Jahres soll die Treppe wieder begehbar sein.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Die LINKE, ob es nach dem Glatteis der letzten beiden Tage angedacht ist zu schauen, wo die Stadtverwaltung nicht optimal agiert hätte. Als Beispiel nennt Stadtrat Legath die Endhaltestelle Preißelpöhl.

Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass die Plauener Straßenbahn permanent unterwegs war und versucht hat, die Haltestelle frei zu räumen. Es sei aber an solchen Tagen nicht möglich, an allen Stellen gleichzeitig zu beräumen. Hierfür bittet Bürgermeisterin Wolf um Verständnis.

Zum Winterdienst allgemein teilt Bürgermeisterin Wolf mit, dass sich auch hier der Personalmangel zeigt, z. B. durch erhöhten Krankenstand. Aus ihrer Sicht hat der Winterdienst für die Straßen, welche nach der bestehenden Prioritätenliste geräumt werden müssen, sehr gut funktioniert.

Stadtrat Legath führt aus, dass zum letzten verkaufsoffenen Sonntag der Fahrkartenautomat an der Straßenbahnhaltestelle Martin-Luther-Str. außer Betrieb war. Fahrgäste mussten sich beim Fahrer einen Fahrschein für den deutlich höheren Servicepreis kaufen. Er fragt nach, ob es möglich wäre, dass sich die betroffenen Fahrgäste den erhöhten Preis zurückerstatten lassen könnten.

Oberbürgermeister Zenner wird diese Anfrage an die Plauener Straßenbahn zur Beantwortung weiterleiten.

Stadtrat Legath merkt an, dass die Plakate des Plauener Weihnachtszirkus z. B. auch an Zäunen aufgehängt wurden, was nicht zulässig sei. Er fragt nach, ob es hierfür eine Sonderregelung gab.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass es nicht gestattet ist, wild zu plakatieren. Allerdings sind die Mitarbeiter zunächst aufgefordert, die entsprechenden Standorte der Plakate aufzunehmen, die Verursacher anzuschreiben, und das Abnehmen der Plakate zu fordern.

Stadtrat Gerd Steffen, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, informiert, dass an den Endhaltestellen Waldfrieden und Neundorf durch Sprengung der Fahrkartenautomaten der Plauener Straßenbahn großer Schaden entstanden ist. Er fragt nach, ob es möglich ist, an diesen Endhaltestellen zumindest Fahrscheine für den regulären Einzelfahrpreis statt des teureren Servicefahrscheines vom Fahrer zu erhalten, bis die Fahrkartenautomaten ersetzt werden können.

Oberbürgermeister Zenner wird diese Anfrage an die Plauener Straßenbahn zur Beantwortung weiterleiten.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Monika Mühle
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Uta Seidel
Stadträtin